

Brief von Franz Grosse an Pierre Uri (9. Juni 1951)

Legende: Am 9. Juni 1951 berichtet Franz Grosse, Vorsitzender der deutschen Industriegewerkschaft Bergbau, dem französischen Wirtschaftsberater des Wirtschaftsplanungsamtes, Pierre Uri, über die Entscheidungen, die die außerordentliche Versammlung deutscher Bergbauvertreter zur Neuordnung der Kohleindustrie in Deutschland getroffen hat.

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Dépôts, DEP. Pierre Uri, PU. PU 38.

Urheberrecht: (c) Historical Archives of the European Union-Florence

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/brief_von_franz_grosse_an_pierre_uri_9_juni_1951-de-c64b7ef2-c420-4869-898f-944cdd29677a.html

Publication date: 18/12/2013

Brief von Franz Grosse an Pierre Uri (9. Juni 1951)

**Industriegewerkschaft Bergbau
Hauptverwaltung**

Durch Luftpost/Eilbote

Herrn Uri
18 rue de Martignac
Paris/Frankreich

Lieber Herr Uri !

In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen den Text der Resolution zu übersenden, die die ausserordentliche Delegiertenversammlung der Industriegewerkschaft Bergbau am 9. Juni 1951 angenommen hat. Ich mache dabei besonders auf den dritten Punkt der Resolution aufmerksam, der Sie ja auch besonders interessieren dürfte. In Gewerkschaftskreisen besteht die Auffassung, dass eine Kommission zur Regelung der DKV.-Frage, die sich aus den drei alliierten und einem deutschen Vertreter zusammensetzt, völlig undiskutabel ist. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, damit in dieser Angelegenheit eine Lösung herbeigeführt wird, die sich ungefähr auf der Basis bewegt, die wir seinerzeit in Paris festgelegt haben. Ich habe leider den Eindruck, dass man in alliierten Kreisen, vor allem auch in französischen, sich nicht der Tatsache bewusst ist, dass die Gewerkschaften bisher noch immer keine ganz eindeutige Stellung zum Schuman-Plan eingenommen haben und dass die sozialdemokratische Opposition, gestärkt durch die unglückselige Saarangelegenheit, gerade auch in den Gewerkschaften einen heftigen Kampf gegen den Plan führt. Die Position der Gewerkschaftler, die sich für den Plan einsetzen, wird aber nicht leichter, wenn dann Abmachungen, die getroffen sind, in einer solchen Form ausgelegt bzw. umgebogen werden, wie das jetzt in der Regelung der DKV.-Frage zu geschehen scheint.

Mit den besten Grüßen !
Ihr Fr. Grosse

**Anlage.
Entschliessung zur Neuordnung im Bergbau.**

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der IG.-Bergbau fordert die Bundesregierung auf, bei der Alliierten Hohen Kommission auf eine beschleunigte Durchführung der Neuordnung im deutschen Kohlenbergbau zu drängen. Sie wünscht dabei vor allem die Berücksichtigung folgender Punkte:

- 1.) An dem von der DKBL vorgelegten Neuordnungsplan für den deutschen Kohlenbergbau muss unbedingt festgehalten werden. Nur so ist die Garantie für den gerade im Hinblick auf den Schuman-Plan unbedingt notwendigen Aufbau einer wirtschaftlich und technisch rationellen Bergbauwirtschaft gegeben. Dazu ist die Einbeziehung auch der im Anhang C des Gesetzes 27 aufgeführten Bergbauunternehmen notwendig.
- 2.) Die alten Eigentümer dürfen in dem jetzigen Stadium der Neuordnung nicht durch Aktien der neu zu bildenden Gesellschaften entschädigt werden. Dieser Vorgang würde eine Vorwegnahme der Entscheidung über die Eigentumsfrage darstellen, die in der Präambel des Gesetzes 27 dem Bundesparlament vorbehalten ist.
- 3.) In der Frage des DKV müssen schnellstens Entscheidungen getroffen werden, um die über diese Angelegenheit im Ruhrgebiet vorhandene Beunruhigung zu beseitigen. Entgegen den alliierten Versprechen ist bisher weder offiziell erklärt worden, dass der Termin für die Liquidation des DKV herausgeschoben wird, noch ist die Kommission ernannt worden, die eine Ersatzorganisation für den DKV schaffen soll, die die wichtigsten Funktionen des DKV, insbesondere den Sorten- und Beschäftigungsausgleich durchführen kann. Diese Kommission darf keine alliierte Kommission mit Hinzuziehung eines deutschen Vertreters sein, sondern muss auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden und eine hinreichende Vertretung der Gewerkschaften enthalten. Die befriedigende Regelung dieser Frage wird die Stellung der IG.-Bergbau zum

Schuman-Plan wesentlich bestimmen.

Die Delegiertenversammlung erklärt weiter, dass sie an der Forderung der Überführung des Privateigentums im Bergbau in Gemeineigentum unbeirrt festhält. Die Ereignisse der letzten Monate haben eindeutig gezeigt, dass nur ein auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebauter Kohlenbergbau in der Lage sein wird, das Privatinteresse dem Gemeininteresse unterzuordnen und damit die Leistungsfähigkeit zu erreichen, die das Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft erfordert.

Bochum, dem 9. Juni 1951.